

NOTIZEN

Gesundheit als Schulfach

Erfurt. Der Vorschlag der Krankenkasse Barmer GEK, Gesundheit in den Thüringer Schulen zum regulären Schulfach zu machen, gewinnt im politischen Raum Unterstützung. Die Linksfraktion als stärkste Oppositionspartei steht voll hinter den Vorschlägen der Kasse, erklärte Gesundheitspolitiker Jörg Kubitzki. Die Erziehung zu einer gesunden Ernährung setze aber auch voraus, dass in den Schulen ein gesundes Schulsessen angeboten werde. „Es darf nicht nur bei der Vermittlung von Theorie bleiben“, sagte Kubitzki und erneuerte die Forderung seiner Fraktion, jedem Kind im Kindergarten und in der Grundschule ein kostenloses gesundes Mittagessen bereitzustellen. In einem künftigen Fach Gesundheit soll es aber auch um die Erziehung zu einer gesunden Lebensweise, zur Hygiene und zur Zahn- und Körperpflege gehen, ergänzte Kubitzki.

Schulen ohne Geheimdienst

Erfurt/Jena. Der DGB in Thüringen wehrt sich energisch gegen Pläne des Landesamtes für Verfassungsschutz, über seine Tätigkeit an mehreren Jenaer Schulen zu unterrichten, darunter auch am Berufsschulzentrum in Jena Göschwitz. Es geht dabei um eine Ausstellung mit dem Titel „Feinde der Demokratie – Extremismus in Thüringen“. Die Gewerkschaften verweisen auf das Versagen der Verfassungsschutz bei der Verfolgung der NSU-Aktivitäten in Thüringen. Die DGB-Empfehlung: Die Schulleiter sollten lieber mehr Projektarbeit von demokratischen Organisationen in die Schulen holen.

Kooperation mit Irland

Erfurt/Jena. Der irische Botschafter Dan Mulhall besucht heute auf Einladung der FDP-Landtagsfraktion Thüringen. Irland und Thüringen arbeiten bislang vor allem im Bereich Bildung und Hochschulen zusammen. Insgesamt 21 Partnerschaften bestehen vor allem zwischen thüringischen und irischen Hochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Dementsprechend liegt der Schwerpunkt des Programms auch im Bildungsbereich. Das Institut für Lehrerfortbildung sowie die Unis in Jena und Weimar werden besucht.

Brief von Zschäpe

Offenbar Kontakt zu Gefangenem in Bielefeld

Jena/München. (dpa) Die Hauptangeklagte im Münchner NSU-Prozess, Beate Zschäpe, soll Briefkontakt mit einem anderen Gefangenem aus der rechten Szene haben. Wie der Sender „SWR Info“ berichtet, wurde der Brief Zschäpes in der Zelle eines Strafgefangenen in Bielefeld gefunden. Dieser habe der verbotenen „Hilfsorganisation Nationaler Gefangener“ (HNG) angehört. In dem 30 Seiten langen Brief schreibe Zschäpe über den Alltag in der Haft, das Essen und das Verhältnis zu

dem Empfänger. „Zu letzterem Thema wird sie sehr persönlich und intim, scheint sich in eine Phantasiewelt hineinzuschreiben“, schreibt der ARD-Terrorismusexperte Holger Schmidt. Sie beschreibe, wie sie mit dem Hubschrauber von Zwickau nach Karlsruhe zum Ermittlungsrichter geflogen wurde. Der Ausblick sei grandios gewesen, sie habe die weihnachtliche Stimmung genossen. Mit ihrer Rolle als Angeklagte beschäftige sich die 38-Jährige in dem Brief jedoch nur am Rande.

„Das Lokal bringt Ihnen kein Glück“

Nürnberger Bar gerät ins Rampenlicht

Nürnberg/Jena. (dpa) Angegrauter Rauputz, dunkelblaue Außenlaternen und geraffte Chiffon-Gardinen hinter den Fenstern eines schmucklosen Neubaus – jüngste Erkenntnisse im Münchner NSU-Prozess haben der unscheinbaren Nürnberger Pilsbar „Sonnenschein“ zu zweifelhafter Berühmtheit verholfen. Kameraleute und Fotografen drängen sich vor dem fünfstöckigen Wohnhaus in der Scheurlstraße in der Nürnberger Altstadt und bemühen sich um Interviews mit dem jetzigen Pächter des Lokals. Einige Passanten laufen vorbei und wundern sich über das Medieninteresse.

Auch Betreiber Kemal Selo weiß von dem 14 Jahre zurückliegenden Rohrbomben-Attentat in seinem Lokal erst seit Dienstagmittag. „Ich habe das von einem älteren Mann erfahren. Der hat gesagt: ‚Gehen Sie lieber weg. Das Lokal bringt Ihnen kein Glück‘“, berichtet der aus Syrien stammende Wirt. Derzeit sei er gerade dabei, das Lokal zu renovieren. „Ich wollte im nächsten Monat öffnen.“ Aber inzwischen sei er nicht mehr sicher, ob er das Lokal überhaupt noch betreiben wolle. Das alles stehe unter keinem guten Stern.

Das plötzliche Interesse verdankt die Pilsbar „Sonnenschein“ der jüngsten Aussage des Angeklagten Carsten S. im NSU-Prozess. Die aus Jena stammenden Neonazi-Terroristen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos, so hatte S. vor dem Landgericht München am Dienstag ausgesagt, hätten bereits vor 14 Jahren einen Anschlag in Nürnberg verübt: Beide hätten „irgendwo in Nürnberg in einem Laden eine Taschenlampe hingestellt“.

Tatsächlich war in dem Lokal am 23. Juni 1999 eine mit Sprengstoff gefüllte Taschenlampe explodiert, als ein Putzmann beim Toilettenreinigen nach einem Gegenstand griff, den er für eine Taschenlampe hielt. Der Pächter war nach da-

maligen Zeitungsberichten ein Türke. Dennoch können sich selbst schon länger in der Stadt lebende türkische Mitbürger kaum noch an den unaufgeklärt gebliebenen Sprengstoffanschlag erinnern. Das Oberlandesgericht München hat wegen des möglichen Anschlags in Nürnberg eine Anfrage an den Generalbundesanwalt gestellt. Er habe für Abklärungen im Hinblick auf das „Stichwort Taschenlampe“ Kontakt zur Bundesanwaltschaft aufgenommen, sagte der Vorsitzende Richter Manfred Götzl. Zuvor hatte der Angeklagte Carsten S. über einen mit einer umgebauten Taschenlampe versuchten NSU-Bombenanschlag berichtet. S. ist in dem Prozess um die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) wegen Beihilfe zum neunfachen Mord angeklagt, weil er die Waffe für die mutmaßlichen NSU-Morde an neun Migranten geliefert haben soll.

■ „Da wird nichts passieren“
S. bekräftigte seine Aussage vom Vortag, wonach ihm entweder das NSU-Mitglied Uwe Böhnhardt oder Uwe Mundlos von einer Taschenlampe berichtet hätten. „Die sagten irgendwas mit Taschenlampe in Geschäft gestellt, und das hat nicht geklappt“, sagte S. Ihm sei erst nach dem Treffen mit den beiden bewusst geworden, dass die Aussage sich auf einen möglichen Anschlag bezogen haben könnte. S. ergänzte seine Aussage um ein weiteres, für ihn möglicherweise belastendes Detail. Demnach hatte er doch erlogen, dem NSU die von dem Trio bestellte Pistole ohne den mitgelieferten Schalldämpfer zu übergeben. Dies habe er erlogen, „damit die nicht auf dumme Gedanken kommen“. „Damals habe ich entschieden, da wird nichts passieren. Deswegen habe ich das so gemacht“, sagte S..

„Geist der Völkerverständigung“

Französischer Botschafter lobt Thüringen und das Weimarer Dreieck

Ettersburg. „In Thüringen weht der Geist der Völkerverständigung.“ Der Botschafter Frankreichs in Deutschland, Maurice Gourdault-Montagne, hat an diesem Abend in Schloss Ettersburg viel Lob für den Freistaat.

Erfurt sei die Stadt des Brückenschlages und die kulturelle Seelengemeinschaft habe in Weimar ihren Sitz, sagt der Diplomat bei der Ernennung der neuen Honorarkonsulin Frankreichs in Thüringen. Bärbel Grönegres, im Hauptberuf Chef der Thüringer Tourismus GmbH, übernimmt dieses Ehrenamt. Gourdault-Montagne hebt in seiner Rede in Anwesenheit des Vorsitzenden des Vereins Weimarer Dreieck, Dieter Hackmann, auch den Geist des Weimarer Dreiecks hervor, der engen Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen, der sich viele Thüringer verpflichtet fühlen. Besonders würdigt er die Tätigkeit des polnischen Honorarkonsuls und TLZ-Chefredakteurs Hans Hoffmeister, den er einen Gestalter dieses Dreiecks nennt.



Der Geist des Weimarer Dreiecks wehte über Schloss Ettersburg: Frankreichs Botschafter Maurice Gourdault-Montagne mit der neuen französischen Honorarkonsulin Bärbel Grönegres, Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht und dem polnischen Honorarkonsul und TLZ-Chefredakteur Hans Hoffmeister (von links). Foto: Peter Michaelis

Das neue französische Honorarkonsulat hat seinen Sitz am Erfurter Willy-Brandt-Platz, im gleichen Gebäude wie die TTG.

Rechnungshofnovelle von Experten abgelehnt

Gerichtspräsidenten und Steuerzahler-Chef gegen geplante Änderungen

■ Von Elmar Otto und Hartmut Kaczmarek

Erfurt. FDP und Grüne haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie die geplante Novelle des Rechnungshofgesetzes ablehnen. „Es darf doch nicht sein, dass auf diesem Weg offensichtlich der Rechnungshofpräsident diszipliniert werden soll“, sagt Uwe Barth an die Adresse von CDU, SPD und Linken, die in seltener Eintracht die Änderungen erarbeitet haben. Auch Anja Siegesmund lässt ihrem Unmut freien Lauf. „Die schwarz-rot-rosie Koalition schadet bei diesem Gesetzesentwurf dem Ansehen des Freistaates“, empört sich die Grünen-Fraktionsvorsitzende. Auch der für viele, durch seine Prüfungen und sein besonders unabhängiges Auftreten unbekanntes Behördenchef Sebastian Dette sieht vor allem eine Motivation für den Vorstoß: „CDU, SPD und Linke wollen uns maßregeln.“



Will sich nicht maßregeln lassen: Rechnungshofpräsident Sebastian Dette. Foto: P. Michaelis

Das ungewohnte Dreierbündnis widerspricht hier vehement und führt nur edle Motive, wie die Stärkung der parlamentarischen Mitbestimmung an. Doch wenn heute der Finanzausschuss des Landtages über das Rechnungshofgesetz berät, werden dabei umfangreiche Stellungnahmen auf den Tischen liegen, die in erster Linie die Kritiker des Paragrafenwerks in ihrer Auffassung bestätigen.

Präsidenten. Damit sei es nach seinem Dafürhalten nicht ganz von der Hand zu weisen, „dass allein in der gesetzgeberischen Maßnahme selbst als Misstrauenskundgebung gegenüber den Amtsinhabern ein Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit gesehen werden kann“, so Kaufmann.

Der Thüringer Richterbund spricht sich ebenfalls „entschieden“ gegen eine Verkürzung der Amtszeit aus, weil auch er dadurch eine „Verletzung der richterlichen Unabhängigkeit sieht.“

Sogar der Präsident des Bundesrechnungshof hat eine Stellungnahme zugeleitet. Allerdings schickt Präsident Dieter Engels gleich vorweg, kein Mandat zu haben, sich in rein landesrechtlichen Angelegenheiten zu äußern. Gleichwohl legt er die für den Bundesrechnungshof geltende Rechtslage dar. „Aus dem Vergleich“, so Engels an die Adresse der Mitglieder des Finanzausschusses, „können sich gegebenenfalls Ansatzpunkte für eine vertiefte Auseinandersetzung mit den vorgeschlagenen Regelungen ergeben.“ Und so stellt Deutschlands oberster Rechnungsprüfer klar, dass auch in seiner Behörde Präsidenten sowie Vize zwölf Jahre amtierend. Die lange Amtszeit, betont er, stelle „die besondere Stellung der Leitung des Bundesrechnungshofes heraus und stärkt ihre Unabhängigkeit“.

Auch die vorgesehene Aufstockung des Rechnungshofkollegiums von zwei auf drei Direktoren, was dem vorherigen Stellenabbau Dettes zuwiderlaufen würde, stößt bei den Experten auf Widerstand. Es sei nicht ersichtlich, dass eine gerade oder ungerade Besetzung des Kollegiums sich positiv oder negativ auf die Arbeitsfähigkeit des Rechnungshofs auswirkt, so Schwan. Sein Kollege Kaufmann hält ebenfalls nichts von einer Aufstockung. Sie erscheint ihm sogar „unsinnig und unter fiskalischen Erwägungen unerträglich“.

Beistand erhält der bedrängte Rechnungshof auch vom Bundeschef des Bundes der Steuerzahler. Dessen Präsident, Reiner Holzengel, reagiert mit Kopfschütteln auf die Pläne der Thüringer Landespolitiker. Die Steuerzahler wollen eine Stärkung der Rechnungsprüfer, nicht deren Schwächung. Aber genau die befürchtet Holzengel, wenn die Gesetzesnovelle in Kraft tritt. Das unterstreicht er in einem TLZ-Interview. Eine Zähmung der Rechnungsprüfer könne nicht hingenommen werden. „Die Politiker in Thüringen müssen ihren Entwurf zurückziehen“, sagt er klipp und klar. Wenn das komplette Kollegium eines Rechnungshofes sich in seiner Not an die Öffentlichkeit wende, sei das ein „Alarmzeichen erster Güte“.

NPD-Kandidat bleibt außen vor

OB-Wahl in Gera war rechtens

Gera. (dpa) Auch wenn die rechtsextreme NPD nicht verboten ist, können ihre Kandidaten von Bürgermeisterwahlen ausgeschlossen werden. Das hat das Verwaltungsgericht Gera entschieden. Im konkreten Fall ging es um eine Klage des NPD-Kreisvorsitzenden und Stadtrates Gordon Richter. Der Wahlausschuss hatte ihn nicht als Kandidat für die Geraer Oberbürgermeisterwahl im vergangenen Jahr zugelassen, weil ihm die Eignung als Wahlbeamter insbesondere hinsichtlich mangelnder Verfassungstreue fehle. Das Gericht teilte diese Einschätzung und wies die Klage Richters ab. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Beim Ober-

verwaltungsgericht kann Berufung beantragt werden. In ihrer Begründung führten die Richter verfassungsfeindliche Tendenzen der NPD an, unter anderem weil die Partei die Gewaltenteilung infrage stelle und ein Menschenbild vertritt, das nicht mit dem Grundgesetz im Einklang stehe. Als Beamter müsse ein Bürgermeister aber die Grundrechte nicht nur erdulden, sondern für sie eintreten, argumentierte der Vorsitzende Richter Bernd Amelung. Dafür biete ein NPD-Repräsentant aber keine Gewähr.

Aktenzeichen: 2 K 725/12

Nicht einmal genug Geld für ein Kindergartenfest

Bürgermeister: Kreisgebietsreform in Thüringen zwingend

Erfurt/Krauthaim. (mar) Die Diskussion um die Gebietsreform in Thüringen nimmt wieder Fahrt auf. Losgetreten hat sie der Landrat des Weimarer Landes, Hans Helmut Mühlberg. Mit einem „Wutbrief“ antwortete er auf einen TLZ-Gastbeitrag von Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig (die TLZ berichtete). Das Fazit von Mühlberg: Kommunale Selbstverwaltung in Thüringens Landkreisen funktioniert bestens. Dem hält ein kommunalpolitischer Praktiker jetzt aus seiner Sicht eine Reihe von Fakten entgegen, die die Dringlichkeit einer Reform untermauern. Axel Schneider ist Direktor der Thü-

ringer Verwaltungsschule und ehrenamtlicher Bürgermeister von Krauthaim im Weimarer Land. Er war auch Mitglied der Expertenkommission, die die Vorschläge zu einer Verwaltungsreform in Thüringen erarbeitet hat.

Am Beispiel seiner Gemeinde rechnet Schneider die finanziellen Engpässe der Thüringer Kommunen vor. 2010 erhielt die Gemeinde vom Land 185 000 Euro an Zuschüssen und musste 91 000 Euro an Kreisumlage abführen. Der Gemeinde verblieben unterm Strich 94 000 Euro. In diesem Jahr beträgt der Zuschuss des Landes 125 000 Euro, die Kreisumlage hat sich auf 124 800 Euro erhöht. Ver-

bleiben der Gemeinde gerade noch einmal 200 Euro. „Damit kann nicht einmal das Kindergartenfest finanziert werden“, schreibt Schneider in seiner Antwort auf Mühlberg. Er beklagt außerdem eine Überbesetzung der Kommunalverwaltungen in Thüringen gegenüber den anderen Flächenländern um fast 14 Prozent. Die Schlussfolgerung von Schneider: 25 Jahre nach der Gründung Thüringens sei es höchste Zeit für eine Kreisgebietsreform im Freistaat.

Den Brief Schneiders können Sie im Wortlaut ebenso wie den Brief Mühlbergs im Internet nachlesen: www.tlz.de/Muenchberg

Bemühen um Entspannung

Verfahren gegen Polizisten eingestellt

Erfurt. (dpa) Die Linke will interne Ermittlungen gegen Polizeibeamte in einer Aktuellen Stunde im Landtag thematisieren. Es müsse dabei der Verdacht ausgeräumt werden, dass vor allem Personalräte besonders intensiven Ermittlungen ausgesetzt seien, sagte Fraktionsvize Martina Renner. Das jetzt eingestellte 18-monatige Ermittlungsverfahren gegen einen Saalfelder Polizisten und Kreisgruppenleiter der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zeige die Unverhältnismäßigkeit des Vorgehens. Die Staatsanwaltschaft Meiningen hatte das Verfahren eingestellt, in dem der Kriminalbeamte verdächtigt worden war,

einen geheimen Einsatzbefehl zum Papstbesuch 2011 an Journalisten weitergegeben zu haben. Das Papier lag damals zahlreichen Beamten vor.

Gewerkschaft und Innenministerium bemühen sich um eine Entspannung der Situation. Die GdP bedankte sich bei Innenminister Jörg Geibert (CDU) für ein mehrstündiges Gespräch mit dem Betroffenen. Es gehe nun um einen „besonnenen Umgang miteinander“ sowie „Abkühlung“. Wie Renner sieht aber auch die GdP noch unterschiedliche Auffassungen in der Frage, ob Vorgesetzte E-Mails Mails auf dem Dienstrechner ihrer Mitarbeiter überhaupt einsehen dürfen.